Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,20 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Annoncenexpeditionen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 223. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Freitag, den 23. September 1927

Die amerikanische Legion.

Man muß es den Franzosen lassen: sie verstehen es ausgezeichnet, mit geringen Kosten gute politische Geschäfte zu machen, durch tönende Reden, laute Feste praktische Erfolge einzuheimsen. Das ist auch der Hintergrund für die höchst feierliche Aufnahme, die man auf die sog. „amerikanische Legion" bei ihrem Besuch in Frankreich herniederrauschen ließ.

Seit Frankreich eine Republik ist, hat man in Paris sehr oft und sehr gern daran erinnert, wie dereinst, als vor 150 Jahren die Nordamerikanische Union ihren Befreiungskampf gegen England führte, so mancher Franzose an diesem Kampf auf nordamerikanischer Seite teilnahm, und der alte Lafayette, der das auch mitgemacht hat, wurde immer bei passender Gelegenheit, so auch jetzt wieder, in seiner langen Grabesruhe gestört. Dazu kommt, daß besonders die Südstaaten, die einst sogar Kolonien Frankreichs waren, sehr viel französisches Blut aufweisen, wovon noch heute zahllose Städtenamen, namentlich im Mississippibecken, zeugen. Das alles wird in passenden Augenblicken gern aus der historischen Schublade herausgeholt.

Jetzt tat man es auch wieder und der französische Ministerpräsident selbst zog diese Schublade ganz mit heraus. Diese amerikanische Legion, deren Mitglieder nur teilweise wirkliche Mitkämpfer im Weltkrieg waren — marschierte doch auch eine Schar reizender „Bubiköpfe" in Paris am Grabe des „Unbekannten Soldaten" vorbei! —, schien ja zuerst Gegenstand mannigfacher kommunistischer Angriffspläne zu werden, weil man sich an den Amerikanern wegen der Hinrichtung der Anarchisten Sacco und Vanzetti rächen wollte. Aber die französische Regierung kennt in solchen Fällen nicht die geringste Rücksicht und ging von vornherein mit größter Schärfe und bestem Erfolg gegen jeden Versuch vor, den Empfang der Amerikaner zu stören.

Wie liebe Verwandte, die auf Besuch kommen, schleppte man sie von Feier zu Feier. Poincaré benutzte die Gelegenheit, um in besonders übler Form gegen Deutschland vom Leder zu ziehen — und den Besuchern blieb auch Verdun nicht erspart. Mit einer Poincaré-Rede als Festgabe, die natürlich die französisch-amerikanische Waffenbrüderschaft feierte. Er trägt ein bisschen sehr stark auf, dieser französische Staatspräsident von 1914, und sein historisches Wissen, das für die Zeit vor dem Kriege recht zahlreiche Lücken aufweist, schwillt an, sobald er auf die Waffentaten Frankreichs zu sprechen kommt. Der französische Heldenmut vor Verdun — der deutscherseits übrigens durchaus nicht verkleinert wird! — soll nach Poincaré die Ursache dafür gewesen sein, daß damals, 1916, die Italiener bei Görz, die Engländer an der Somme und die Russen im Osten angreifen konnten, außerdem die „Konzentration" der Alliierten auf dem Balkan möglich wurde. Ein billiger „Stolz"! Denn die Offensive jener drei Mächte kam über Anfangserfolge nicht hinaus und diese „Konzentration" war ja nichts weiter als eine Vergewaltigung des neutralen Griechenlands und der Treubruch Rumäniens. Da paßt es denn ganz besonders hübsch, wenn Poincaré Verdun als die „Zitadelle des Ideals und des Rechts" nennt. Die „Gerechtigkeit und Zivilisation", nicht zuletzt auch das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" — allerdings so, wie die Entente es auffaßt! — ist ja natürlich einzig und allein die Veranlassung gewesen, daß Amerika unser Gegner wurde!

Wenn nur nicht die „Legionäre" bei all diesen Feiern und Reden den Gedanken gehabt haben, daß „bar Geld lacht," oder, deutlicher gesagt, die Vereinigten Staaten sehr gern das Geld wieder zurückerhielten, das sie den Franzosen in jenem Kampf für die menschlichen Ideale geliehen haben! Hat doch den Amerikanern bei einem Empfang in Reims ein französischer Minister bescheinigt, daß nur die Hilfe Amerikas der Entente den Sieg gebracht hat. Dafür sollte nun endlich einmal gezahlt werden, doch — davon wurde nicht gesprochen!

Auszahlungen an die Beamten ab 1. Oktober.

Vorschläge Dr. Köhlers angenommen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages begann die Beratung der neuen Besoldungsordnung. Reichsfinanzminister Dr. Köhler eröffnete die Verhandlungen mit einer längeren Rede über die Besoldungsreform, in der er den von ihm verfaßten Entwurf dem Ausschuß empfahl. Er betonte hierbei, daß es erfreulicherweise nicht notwendig sein werde, zu Steuererhöhungen zu schreiten. Er begrüßte es, daß Preußen bereits erklärt habe, die Reform ohne Zuschüsse vom Reich durchführen zu können. Dr. Köhler stellte fest, daß er nicht in der Lage sei, Änderungen am Finanzausgleich vorzunehmen.

Schließlich wurde unter Ablehnung weitergehender Anträge der Linken einstimmig folgender Vorschlag des Reichsfinanzministeriums über die Vorschußzahlungen an die Beamten angenommen:

Mit Wirkung vom 1. Oktober sollen bis zur Verabschiedung des neuen Besoldungsgesetzes an monatlichen Vorschüssen erhalten: die Beamten der Besoldungsgruppen 1 bis 5: Verheiratete 25 Mark, Ledige 20 Mark, Gruppe 6 bis 8: Verheiratete 30 Mark, Ledige 25 Mark, Gruppe 9 bis 10: Verheiratete 50 Mark, Ledige 40 Mark, Gruppe 11 und höher: Verheiratete 70 Mark, Ledige 60 Mark, außerplanmäßige Beamte: 20 Mark, Wartegeld- und Ruhegehaltsempfänger sowie Empfänger von Hinterbliebenenbezügen 10 Prozent für Wartegelder usw., aber unter Ausschluß der Frauen- und Kinderzuschläge.

Offiziere und Soldaten der Reichswehr sowie Polizeibeamte des Reichswasserschutzes in Besoldungsgruppen 1 bis 2: Verheiratete 5 Mark, Gruppe 3 bis 8: Verheiratete 15 Mark, Gruppe 9: Verheiratete 30 Mark, Gruppe 10 (Hauptleute usw. mit mehr als zwei Dienstjahren) Verheiratete 50 Mark. Gruppe 11: Verheiratete 50 Mark, Ledige 35 Mark, Gruppe 12 und höher: Verheiratete 70, Ledige 60 Mark.

Von einigen Seiten war gemeldet worden, daß die Besoldungsvorlage im Kabinett noch nicht endgültig verabschiedet sei. Vom Reichsfinanzministerium wird aber betont, daß ihm von einer besonderen Kabinettssitzung zur nochmaligen Beratung der Vorlage nichts bekannt sei. Von neuen Änderungen an der Vorlage könne keine Rede sein, was natürlich nicht ausschließe, daß man im Kabinett nochmals über die eine oder andere Frage der Besoldungsordnung verhandeln werde.

*

Berücksichtigung der Kriegsopfer.

Da am 1. Oktober die Vorschüsse an die Beamten ausgezahlt werden sollen, wird der Zentralverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener beim zuständigen Reichsministerium beantragen, in gleicher Weise auch den Kriegsopfern auf die in Aussicht stehende Erhöhung der Renten Vorschüsse anzuweisen. Die Berücksichtigung dieses Wunsches zum nächstmöglichen Termin sei in Aussicht gestellt worden. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß die Vorschußgewährung noch mit der Ende September erfolgenden Rentenzahlung verbunden werden kann.

Abrüstung und Sicherheit.

Beschlüsse in Genf.

Nach längeren Beratungen des Abrüstungsausschusses des Völkerbundes sind die einzelnen Vorschläge und Anträge zur Abrüstungsfrage in einem gemeinsamen Antrag der deutschen, französischen und holländischen Delegation einstimmig angenommen worden. Die Grundsätze dieses gemeinsamen Antrages gingen dahin, bei gleichzeitiger Weiterführung der Vorbereitungen der Abrüstungskonferenz die Bearbeitung der Sicherheitsfrage durch einen besonderen Ausschuß vornehmen zu lassen. Auch fällt der Schiedsgerichtsbarkeit eine wesentliche Rolle zu. Außerdem tritt die Entschließung für eine möglichst rasche Einberufung der allgemeinen Konferenz zur Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen ein; und zwar soll diese Abrüstungskonferenz auch dann einberufen werden, wenn die Arbeiten der neuen Kommission keine weiteren Fortschritte auf dem Gebiet der Sicherheit gebracht haben.

Angesichts dieser einstimmigen Annahme ist es von um so größerer Bedeutung, daß der deutsche Standpunkt zu seinem vollen Recht gekommen ist. Gegenüber der französischen These, die darin besteht, daß das Problem der einzelstaatlichen Sicherheit gelöst werden müsse, bevor die Abrüstungsvorarbeiten erfolgreich fortgesetzt werden könnten, ist jetzt die von Anfang an von Deutschland vertretene Auffassung durchgesetzt und festgelegt worden, daß zunächst unbehindert durch die künftigen Sicherheitsberatungen die Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz fortgesetzt und beschleunigt werden sollen. Das erreicht zu haben, ist, wie auch allseitig anerkannt wird, der zähen Arbeit der deutschen Delegierten Grafen Bernstorff und seiner Mitarbeiter zu danken.

Die Vollversammlung des Völkerbundes beschäftigt sich am Freitag mit den vom Ausschuß vorbereiteten Fragen: Schiedsgericht, Sicherheit und Abrüstung. Wie es heißt, wird auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Verlaufe der Aussprache das Wort zu einer längeren Rede ergreifen.

Die Arbeiten des Völkerbundes werden Mitte nächster Woche ihren Abschluß finden, doch dürfte Dr. Stresemann schon vor Beendigung der Völkerbundtagung Genf verlassen und Mitte nächster Woche wieder seine Tätigkeit in Berlin aufnehmen.

Die Abrüstungsfrage am Sonnabend vor der Vollversammlung des Völkerbundes.

Genf, 22. September. Nach den bisherigen Dispositionen soll die große Debatte über die Abrüstungsfrage in der Vollversammlung des Völkerbundes am Sonnabend vormittag beginnen. Als Berichterstatter hierfür sind vorgesehen der belgische Senator Broucqueure für den gestern angenommenen zusammengefaßten Resolutionsentwurf, der polnische Delegierte Sokol als Berichterstatter für den polnischen Antrag und der Delegierte von San Salvador für den Antrag über die Kontrolle der privaten Waffenfabrikation. Man nimmt an, daß zum Schluß der allgemeinen Debatte Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort zu grundsätzlichen Ausführungen in der Abrüstungsfrage ergreifen wird.

Unterzeichnung der fakultativen Schiedsgerichtsklausel durch Deutschland.

Berlin, 22. September. Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird, wie verlautet, im Laufe des Freitags die formelle Unterzeichnung der fakultativen Schiedsgerichtsklausel des Haager Schiedsgerichtes vornehmen. Die bevorstehende Unterzeichnung war vom Reichsaußenminister bereits in seiner Rede vor der Vollversammlung zu Beginn der Tagung in Aussicht gestellt worden.

Das neue deutsche Strafrecht.

Beratungen des Reichstagsausschusses.

Für die Beratung des Entwurfes des neuen allgemeinen Strafgesetzbuches ist ein besonderer Ausschuß des Reichstages gebildet worden, der jetzt zusammengetreten ist. Der Vorsitzende, Abg. D. Dr. Kahl (D. Vp.), sprach die Hoffnung aus auf ein verständnisvolles Zusammenwirken zwischen Regierung und Ausschuß und wandte sich an den ernsten Willen der Ausschußmitglieder als Vertreter des ganzen Volkes gerade bei der Schaffung des neuen Strafgesetzbuches. Alle Parteiinteressen seien zurückzustellen. Es liege ihm daran, den Geist des Artikels 21 der Deutschen Reichsverfassung zu beschwören: „Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes und an Aufträge nicht gebunden."

Staatssekretär Joel führte aus, der Reichsjustizminister habe den Wunsch, persönlich an den Verhandlungen teilzunehmen. Da der Minister soeben von Wien zurückgekehrt sei, werde er sicher von dort, wo augenblicklich die gleiche Materie mit der deutlich hervorgetretenen Absicht der Rechtsangleichung zwischen Österreich und Deutschland behandelt werde, wertvolle Anregungen und Aufschlüsse mitbringen.

Der Ausschuß behandelte dann zunächst die vier ersten Paragraphen des Entwurfes, die sich im wesentlichen mit dem Begriff der Strafbarkeit und der Strafbestimmung befassen. In der weiteren Beratung nahm Reichsjustizminister Dr. Hergt das Wort, um über seine Wiener Eindrücke in bezug auf die

Rechtseinheit zwischen Österreich und Deutschland

zu berichten. Im Nationalrat zu Wien sei es klar hervorgetreten, daß alle Parteien, auch die Oppositionsparteien, mit der österreichischen Regierung in dem Wunsche einig sind, die Arbeiten an dem neuen Strafgesetzbuch zu fördern und sie, wenn irgend möglich, zum erfolgreichen Abschluß zu bringen und die Rechtseinheit mit Deutschland auf diesem Gebiet herzustellen. Daraufhin wurde im Ausschuß in Aussicht genommen, daß einige Mitglieder des Reichstagsausschusses zunächst mit entsprechenden Mitgliedern des österreichischen Nationalrats Fühlung zu nehmen suchen, um einer ersprießlichen Zusammenarbeit hinsichtlich der Strafrechtsreform die Wege zu ebnen.

*

Der Österreichische Nationalrat beendete nach zweitägiger Debatte die erste Lesung des neuen österreichischen Strafgesetzentwurfes, der die Angleichung an das deutsche Recht bringen soll.

Hindenburg an die Deutschnationalen.

Schluß des Parteitages in Königsberg.

Der erste Tag des Deutschnationalen Parteitages in Königsberg brachte nach einer Rede des Reichsinnenministers von Keudell, der hervorhob, daß die Zeit kommen werde, in der die Deutschnationalen über die Flaggenfrage sprechen werden, ein Schlußwort des stellvertretenden Parteivorsitzenden Schlange-Schöningen. Unter stürmischem Beifall erklärte der Redner, daß es für die Deutschnationalen und ihre Minister nur das eine Wort geben dürfe: Nach Ost-Locarno gehen wir nicht. Aufgabe der Partei und ihrer Führer sei es, den Weg zwischen dem politischen Radikalismus und einer Art von wirtschaftlichem Defaitismus wie bisher weiterzugehen.

Zu Beginn des zweiten Verhandlungstages gab Graf Westarp, während sich die Versammelten von ihren Plätzen erhoben hatten, Kenntnis von folgendem Telegramm des Reichspräsidenten auf das Huldigungstelegramm des Parteitages:

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF